

B. 58.34.20.10 WF.

14.6.44

E. 257.

P. 9.

aa
7

N o t i z.

Vu. Merc:

Herr Minister Bruggmann hat uns in Kopie einen von Herrn Legationsrat Feer verfassten Bericht über die Internationale Arbeitskonferenz in Philadelphia sowie das an den Chef des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements gerichtete Begleitschreiben vom 22. Mai d.J. zugestellt.

Nach Studium des Berichtes erscheinen die folgenden Punkte als besonders bemerkenswert:

- 1) Die allgemeine Haltung Grossbritanniens (S.2 und 11ff) wirkte sich dahin aus, dass auf der Konferenz die Frage des Verhältnisses der Internationalen Arbeitsorganisation zum Völkerbund gar nicht berührt wurde. In diesem Sinne beantragte Kanada, unterstützt von den amerikanischen Regierungsvertretern, dass keine definitiven Entschlüsse über die Organisation des Internationalen Arbeitsamtes gefasst werden sollten, solange nicht feststehe, ob der Völkerbund seine Tätigkeit wiederaufnehme oder eine andere Weltkontrollbehörde an seine Stelle trete.
- 2) Die Frage des Sitzes des Internationalen Arbeitsamtes (S.14 ff) stand dementsprechend ebenfalls nicht zur Diskussion. In offiziellen Reden oder privaten Gesprächen äusserten sich zugunsten einer Rückkehr nach Genf in erster Linie alle Vertreter Lateinamerikas sowie die Mitglieder des Sekretariates; desgleichen aber auch (offiziell) der kanadische Arbeitsminister und (privat) der amerikanische Arbeitsminister Miss Perkins.
- 3) Die Haltung der Neutralen (S. 4 - 6) führte zu einer engen Zusammenarbeit der Schweiz mit Schweden und der Türkei. Das in der Konferenz gehandhabte Abstimmungsverfahren liess die von den Neutralen geübte Zurückhaltung nicht zum Ausdruck kommen; denn es wurde auf das Handmehr abgestellt und bei Fehlen von Gegenanträgen wurde ohne Rücksicht auf Stimmenthaltungen Einstimmigkeit erklärt. Der Delegierte der Schweiz richtete daher (wie auch Schweden und die Türkei) nach Abschluss der Konferenz an deren Generalsekretär eine schriftliche Erklärung des Inhalts, dass er sich an allen Abstimmungen über Empfehlungen und Resolutionen, die nur Angelegenheiten der Vereinigten Nationen betrafen oder in diesem Sinne ausgelegt werden könnten, nicht beteiligt habe. Der Generalsekretär bestätigte schriftlich den Empfang dieser Erklärung.
- 4) Die Gründe der Nichtwiederwahl in den Verwaltungsrat der schweizerischen Mitglieder (S.9) waren nach indirekten Informationen die folgenden: 1) das Widerstreben, Abwesende zu wählen; 2) bezüglich Herrn Schürch die Meinung, er sei allgemein an der Mitarbeit verhindert; teilweise auch die Tatsache, dass er 1939 gegen das Budget stimmte; 3) bezüglich Herrn Tzaut sein hohes Alter und eine Verminderung seines Ansehens; 4) das Fehlen anderer schweizerischer Kandidaten.



B. 58.04.20.1 - Wf.

Notiz

- 5) Die Tendenz, die Internationale Arbeitsorganisation als eine Institution der Vereinigten Nationen zu betrachten, war vor allem unter den Vertretern der von Deutschland besetzten Gebiete weitverbreitet (S.10).
- 6) Das Fernbleiben von Russland (S.16) wurde von den Vereinigten Staaten und Grossbritannien zwar aus Prestige Gründen bedauert, war aber von Anfang an erwartet worden.
- 7) Betreffend die Behandlung Deutschlands nach dem Krieg (S.18) schlugen die britischen und amerikanischen Arbeitervertreter den Wiederaufbau der deutschen Gewerkschaften vor als bestes Mittel, Deutschland zur demokratischen Regierungsform und zur friedlichen internationalen Zusammenarbeit zu erziehen. Mit Ausnahme des holländischen Arbeitervertreter, der sich diesem Standpunkt anschloss, sprachen sich die Vertreter aller besetzten Länder scharf gegen eine solche Begünstigung der deutschen Arbeiterschaft, die an den von Deutschland begangenen Verbrechen mitschuldig sei, aus.

Die erwähnten Stellen sind im Bericht angezeichnet worden.

1 Beilage.

9.6.1944.

Zolly

Die Haltung der Neutralen (S. 4 - 6) führte zu einer engen Zusammenarbeit der Schweiz mit Schweden und der Türkei. Das in der Konferenz genutzte Abstimmungsverfahren liess die von den Neutralen gelebte Zurückhaltung nicht zum Ausdruck kommen; denn es wurde nur das Handmahl abgelehnt und bei Fehlen von Gegenentwürfen wurde ohne Rücksicht auf Stimmverhältnisse Einstimmigkeit erklärt. Der Delegierte der Schweiz richtete daher (wie auch Schweden und die Türkei) nach Abschluss der Konferenz an deren Generalsekretär eine schriftliche Erklärung des Inhalts, dass er sich an allen Abstimmungen über Empfehlungen und Resolutionen, die nur Angelegenheiten der Vereinten Nationen betreffen oder in diesem Sinne ausgelegt werden könnten, nicht beteiligen werde. Der Generalsekretär bestätigte schriftlich den Empfang dieser Erklärung.

Die Gründe der Nichtwahl in den Verwaltungsrat der Schweiz (S. 9) waren nach indirekten Informationen die folgenden: 1) das Widerstreben, Abwesende zu wählen; 2) bezüglich Herrn Schürch die Meinung, er sei allgemein an der Mitarbeit verhin- dert; teilweise auch die Tatsache, dass er 1939 gegen das Budget stimmte; 3) bezüglich Herrn Frenk sein hohes Alter und eine Verminderung seines Aussehens; 4) das Fehlen anderer schweizerischer Kan-